

Gleiche Liebe, gleiche Rechte!

Die Diskriminierungspolitik der schwarz-gelben Koalition im Bundestag ist am 6.6.2013 erneut an unserer Verfassung gescheitert. Das Bundesverfassungsgericht fordert die völlige steuerrechtliche Gleichstellung von Ehepaaren mit Schwulen und Lesben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Nach dieser Entscheidung muss der Gesetzgeber das Ehegattensplitting rückwirkend ab 2001 auch bei homosexuellen Paaren anwenden.

Die schwarz-gelbe Koalition hat bisher alles versucht, um Lesben und Schwule weiter wie BürgerInnen zweiter Klasse zu behandeln. Für gleichgeschlechtliche Paare hat sie nur dann etwas getan, wenn sie vom Verfassungsgericht ausdrücklich dazu gezwungen wurde. Alles Weitergehende wurde im Bundestag abgelehnt.

Nicht nur im Bund sondern auch bei uns in Sachsen blockieren CDU und FDP die Reformen. Die schwarz-gelbe Landesregierung weigert sich noch immer, die gesellschaftlichen Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen und stimmt erst kürzlich gegen einen grünen Anträge, mit dem wir für größere Akzeptanz von sexueller Vielfalt durch Aufklärung an Schulen einsetzten.

Lesben und Schwule leben heute in Deutschland so frei wie nie zuvor. Bündnis 90/ Die Grünen wollen, dass sie als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität angesehen werden. Im Mittelpunkt grüner Lesben- und Schwulenpolitik stehen gleiche Rechte und gesellschaftliche Akzeptanz. Denn für Lesben und Schwule fehlt noch manches Stück zum Glück, wie zum Beispiel ein **Diskriminierungsverbot im Grundgesetz** oder das volle Adoptionsrecht.

Ohne volle Gleichberechtigung bleibt jedes Reden über Toleranz heiße Luft. Wir kämpfen für volle Gleichstellung nach dem Grundsatz "gleiche Rechte, gleiche Pflichten". Besonders im **Steuer- und Beamtenrecht** gibt es bisher noch

massive Ungleichbehandlung. Die Eingetragene Lebenspartnerschaft hat die Akzeptanz von Lesben und Schwulen deutlich verstärkt. Jetzt wollen wir die Gleichstellung vollenden und nach dem Vorbild anderer Länder wie Spanien, Belgien, Schweden, Norwegen oder den Niederlanden die Ehe für lesbische und schwule Paare öffnen. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und gleiche Rechte!

Ebenso wollen wir die **rechtliche und finanzielle Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Familien mit Kindern ("Regenbogenfamilien") beseitigen** und das gemeinschaftliche **Adoptionsrecht ermöglichen**. Denn in jeder achten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wachsen Kinder auf. Diese Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung. Aber die Kinder sind nach wie vor rechtlich und finanziell nicht so gut abgesichert wie andere Kinder. Das wollen wir ändern. Gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU haben wir zunächst die Adoption von Kindern innerhalb der eingetragenen Lebenspartnerschaft ermöglicht („Stiefkindadoption“). Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Annahme eines vom Lebenspartner bzw. von der Lebenspartnerin bereits adoptierten Kindes („sukzessive Adoption“) erlaubt hat, kämpfen wir für das gemeinschaftliche Adoptionsrecht. Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein.

Darüber hinaus wollen wir das **Familienrecht erweitern und elterliche Mitverantwortung absichern**. Das würde das Zusammenleben von Kindern und sozialen Eltern in Patchwork-Familien rechtlich besser gestalten und auch viele alltägliche Probleme von Regenbogenfamilien lösen.

Die Punkte, die bis zur Bundestagswahl keine Mehrheit finden, werden wir umgehend ab Herbst diesen Jahres anpacken!